



Stellungnahme von AntiAtomBonn zum geplanten Atomausstieg

Offener Brief an alle Bundestags- und Landtagsabgeordnete und die Medien in NRW

Bonn, 13. Juni 2011

Sehr geehrte Bundestags- und Landtagsabgeordnete aus NRW,

wir begrüßen den Entschluss der Bundesregierung, die sieben ältesten Atomkraftwerke und den Pannereaktor Krümmel endgültig vom Netz zu nehmen. Sie ist damit einer zentralen Forderung der AtomkritikerInnen nachgekommen, die große Zustimmung in der Bevölkerung findet.

Einen Ausstieg aus der Atomkraftnutzung bis 2022 ist aber keineswegs zufriedenstellend und wirkt eher wie ein Aufschub bzw. eine Garantie für die AKW-Betreiber noch 10 weitere Jahre große Gewinne einzufahren. Dafür sind wir nicht bereit höhere Strompreise oder zusätzliche Steuern zu zahlen. Wir fordern von der Bundesregierung die schrittweise Abschaltung der restlichen AKWs bis spätestens 2015! Dies ist technisch auch ohne Stromimporte möglich und notwendig, da niemand wirklich die Risiken der Atomkraft tragen möchte, geschweige denn kann.

Wir stemmen uns vehement gegen die Bezeichnung von Kohlekraft als Brückentechnologie. Als Brücke brauchen wir viele kleine flexible Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung, die man abschalten kann, wenn man sie nicht braucht. Kohlekraftwerke sind nicht flexibel regulierbar und haben einen Wirkungsgrad von unter 45% - eine solch ineffiziente Technologie können und wollen wir uns nicht mehr leisten. Es ist schwer zu verstehen, wie sich Politiker für eine Importabhängigkeit von Steinkohle aussprechen können, beziehungsweise für neue Braunkohle-Tagebaue, um den klimaschädlichsten Energieträger zu fördern. Wie fordern alle Parteien und besonders die SPD auf, sich endlich von der Kohle-Verstromung zu lösen! Es dürfen keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden, damit Deutschland die selbst gesteckten Klimaschutzziele einhalten kann.

Wir fordern von der Politik, den Ausbau der dezentralen Energieversorgung, insbesondere Photovoltaik und Onshore-Windkraft, durch das EEG weiter zu fördern. Es kann doch nicht sein, dass die vier großen Energiekonzerne, die bisher am wenigsten zur Energiewende beigetragen haben, jetzt mit Milliarden Subventionen zu Investitionen in die Offshore-Windenergie gelockt werden sollen. Diese Bevorteilung würde die Monopol-Stellung der großen Vier stärken und den Wettbewerb auf dem Energiemarkt enorm behindern.

Wir fordern alle Bundes- und Landespolitikerinnen und -politiker auf, sich gegen das überhastete Energiekonzept der Bundesregierung zu stellen. Wir fordern Sie auf, die Empfehlungen des Sachverständigenrates für Umweltfragen und des Umweltbundesamtes, für einen schnellstmöglichen Atomausstieg in die Debatte einzubringen. Lassen Sie sich nicht von den selbsternannten Experten der Atomlobby einlullen und entscheiden Sie mit ihrem gesunden Menschenverstand und den o.g. Gutachten zum Wohle unserer zukünftigen Generationen. Es gibt keine Gründe, länger an der Risikotechnologie festzuhalten.

Mit freundlichen Grüßen,
Tim Petzoldt für AntiAtomBonn.

PS: Wir werden nicht locker lassen und für die Abschaltung jedes einzelnen AKWs kämpfen! Wir erklären uns solidarisch mit den Protesten an den AKWs Brokdorf, Biblis und Neckarwestheim!